

Der Abonnementspreis der Frankfurter Oberpostamts-Zeitung beträgt vierteljährlich: 1) in dem Bezugsort von Frankfurt a. M. 2. 30 fr. — 2) in dem Königreich Württemberg, den Hohenzollern'schen Fürstenthümern und dem Canton Schaffhausen 2. 45 fr. — 3) in Wimpfen 2. 38 fr. und 4) in den übrigen Ländern des Fürstlich Thurn und Taxis'schen Verwaltungsbezirks 2. 30 fr. — Alle Postämter des In- und Auslandes nehmen Bestellungen an; für Frankreich, England, Spanien, Portugal und die übrigen Länder: G. A. Alexandre in Strassburg, Brandgasse Nr. 28. und derselbe in Paris, rue Notre-Dame de Nazareth Nr. 23. — Die Inseratgebühren betragen für die Zeile (1/4 Breite) mit Zeitschrift oder deren Raum 8 fr.



Inserate für die Oberpostamts-Zeitung bestelle man an die Redaktion dieser Zeitung zu adressiren. Für Frankreich, England, Spanien, Portugal und die übrigen Länder nimmt Inserate an: G. A. Alexandre in Strassburg, Brandgasse Nr. 28. und in Paris, rue Notre-Dame de Nazareth Nr. 23.; in Deutschland: 1) Dr. Hammerichmidt in Wien, Landstrasse Nr. 386; 2) das Comptoir der Verlagsbuchhandlung von E. Weyl u. Comp. in Berlin, neue Friedrichstraße Nr. 78a.; 3) Hofcommissär G. Florey in Leipzig; 4) Oberpostsecretär Herrfeldt in Hamburg; 5) Oberpostsecretär Du Roy in Bremen.

Frankfurter Oberpostamts-Zeitung.

Inhalt.
Ueber das Verhältniß Oesterreichs zu Deutschland vom handelspolitischen Standpunkte. 1.
Deutschland. Frankfurt (Die bevorstehende Entscheidung der Oberhauptfrage. Commission der Rechte in Bezug auf das Wahlgesetz. Die Wahlen in Böhmen und Mähren. Nachrichten aus Berlin. Die von Adolf Schroeder illustrierten Grundrechte. Wien (Die „Presse“ über die Verhaftung des Abgeordneten S. Fischhof. Denkschrift. Ein russischer Feldjäger. Dankadresse des Gemeinderaths; Antwort des Kaisers). Hannover (Die Ministerreise zu Ende: das Cabinet Stüve bleibt). Stuttgart (Verhandlungen der zweiten Kammer; die Civilistenfrage). Karlsruhe (Bericht über die revolutionäre Bewegung). Altona (Verhaftung des Lager bei Bau. Blutdankförmigkeit). Oldenburg (Verfassungssatz). Schweiz. Bern (Der neue römische Gesandte). Italien. Rom (Geldnoth. Zwangsanleihe. Steigende Verwirrung). Frankreich. Paris (Der Proceß in Bourges. Herr Caraby. General Le Flo von Petersburg zurück. Die Stellung Frankreichs zu Karl Albert). Rußland. Petersburg (Russisch-österreichische Allianz). Nachrichten. Eisenberichte.

Ueber das Verhältniß Oesterreichs zu Deutschland vom handelspolitischen Standpunkte.

I.
Der Zweck der Bewegung unserer Zeit ist, Zustände herbeizuführen, welche den Bevölkerungen eben so sehr dauernde Befriedigung gewähren, als sie ihnen Raum lassen sollen zu ihrem eigenthümlichen Entwicklungsgange. Es ist daher eine ernste Pflicht, in ruhiger Erwägung zu ziehen, wie für die natürliche Entwicklung der Stämme des österreichischen Kaiserstaates und derjenigen Deutschlands, zu beider Wohlfahrt, eine feste Grundlage gewonnen werden kann.
Die materiellen Interessen beider Staatencomplexe sind in vielfacher Hinsicht übereinstimmend, in anderer sind sie es nicht, und wiederum in anderer treten politische Rücksichten einer völligen Verschmelzung derselben in den Weg. Es kann kaum einem Zweifel unterliegen, daß die Verhältnisse in den deutsch-österreichischen Bundesstaaten denjenigen des übrigen Deutschlands ziemlich analog sind, und daß, selbst unter Beseitigung des österreichischen Tabaksmonopols, einer Zollvereinigung keine finanziellen Schwierigkeiten von Belang entgegenstehen würden. Allein die Folge einer Zollvereinigung dieser Provinzen mit dem übrigen Deutschland würde nothwendig die Trennung derselben von den österreichischen sog. Nebenländern sein, indem dann jene deutschen Provinzen ihre Abgeordneten in den deutschen Reichstag zu senden haben, um über das Zollwesen und die vielen an dieses sich knüpfenden Gesetze über die Schifffahrt, das Handelsrecht, die Handelspolitik, sowie über die Genehmigung von Verträgen mit dem Auslande mitzubestimmen, und indem nicht minder die daraus hervorgehenden executiven Befugnisse an die deutsche Centralgewalt übergehen würden. Eine Zolllinie würde dann den österreichischen Kaiserstaat durchschneiden und die österreichische Regierung in materiellen Dingen nur die „Nebenländer“ im Auslande zu vertreten haben.
Eine solche materielle und auch politische Trennung des Kaiserstaates kann die österreichische Regierung nicht zugeben, sie will, daß der Kaiserstaat beisammen bleibe, und wird wünschen, auch die „Nebenländer“ an der Zolleinheit mit Deutschland Theil nehmen zu lassen. Wollte man ein solches Ziel durch Anschlußvertrag erwirken, so würde dieser entweder dahin lauten müssen, daß in Deutschland keine Aenderung im Tarife und in der Handels- und Schifffahrtsgesetzgebung geschehen könne, ohne Zustimmung der Nebenländer und umgekehrt, wodurch Deutschland oder überhaupt der eine Veränderung fordernde Theil in eine völlige Abhängigkeit von dem andern Theile gerathen würde; oder der Vertrag hätte den Satz zu enthalten, daß die Nebenländer sich jede in Deutschland eintretende Veränderung gefallen lassen müßten. In diesem Falle würden die „Nebenländer“ zu einer Art Colonie von Deutschland werden, und die österreichische Regierung auf ein Hauptforderniß der Souveränität auch über die Nebenländer verzichten müssen. Die Sache wird aber, hiervon abgesehen, schon sehr schwierig durch den Umstand, daß der Verbrauch der „Nebenländer“ an feuerbaren Artikeln, Colonialwaaren, Wein u. s. w. ungemein viel geringer ist, als derjenige in Deutschland, und da alle Anhaltspunkte zur Ermittlung dieses Verbrauchs fehlen, so zeigt sich in diesem Umfange für jetzt ein erwägenswerthes Hinderniß in Beziehung auf die Vertheilung der Zollrevenue.
Es zeigt sich daher, daß auf diese Weise eine Einigung nicht zu erzielen ist, ohne entweder

1) den österreichischen Kaiserstaat zu theilen, oder
2) Deutschland und die österreichischen Nebenländer in solche Abhängigkeit von einander zu bringen, daß ein Fortschreiten fast zur Unmöglichkeit wird, oder
3) die österreichische Regierung allen Einflusses auf die materiellen Interessen der Erbstaaten zu entäußern und die Nebenländer abhängig von der deutschen Reichsgewalt zu machen.
Man wird sich in Oesterreich weder auf das Eine, noch auf das Andere einlassen können und wollen. Soll daher eine Zoll- und Handelseinheit zwischen Deutschland und ganz-Oesterreich eintreten, mit allen daraus hervorgehenden Konsequenzen in der Gesetzgebung und der Vertretung im Auslande, so würde kein anderes Mittel bei sofortiger Ausführung gefunden werden können, als die österreichische Regierung auch an die Spitze von Deutschland zu stellen und in einem Völkervertrage die Abgeordneten von den Ländern der untern Donau bis zur Nord- und Ostsee gemeinsam tagen und gemeinsam Gesetze beschließen zu lassen. Erwägt man aber die ungeheure Verschiedenheit der Cultur, der Industrie, des Bodenbaues, der sozialen und theilweisen commerciellen Verhältnisse aller dieser Völkerstämme, so muß es einleuchten, wie undenkbar es ist, daß in einem solchen Parlamente Gesetze und Bestimmungen vereinbart werden können, die nur einigermaßen die Bedürfnisse der Völker befriedigen. Mit Zuversicht läßt sich voraussetzen, daß ein solches Reich der Mitte, wenn die europäischen Mächte seine Bildung überhaupt zulassen würden, in sehr kurzer Zeit einer natürlichen oder gewaltsamen Auflösung entgegengehen müßte.

Deutschland.

RC Frankfurt, 15. März. Eben wird die Berathung über die Anträge Welfer's auf Sonnabend (17. März) durch Beschluß der Versammlung festgestellt. Der 19. oder 20. März wird also die Entscheidung bringen, ob Deutschland es vermag, sich in Wahrheit und Wirklichkeit zu einem Gemeinleben der Nation zu erheben, ob es fähig ist, sich zu einem Staatskörper zusammenzufassen, ob es im Stande ist, die einzig mögliche Gestalt, die einzig feste Garantie dieser Einheit in der Erblichkeit des Oberhauptes (nach welcher ehemals viele Jahrhunderte hindurch vergeblich gerungen worden ist) zu erreichen. Was die Fürsten Deutschlands im Bunde mit der römischen Kirche zerrissen haben, was der Bundestag von Neuem anzustreben niemals sich erlaubte, die nationale Einheit: möge ihre Herstellung denn endlich den Voten des Volkes, nach so langer, so treuer und unermüdlicher Arbeit gelingen! Die rechte Seite des Hauses bringt der glücklichen Vollendung des Werkes ein großes Opfer, aber freudigen Herzens, denn sie ist der Meinung, daß kaum ein Preis zu hoch sein könne, der für die Einheit Deutschlands gezahlt werde. Sie wird einem Wahlgesetz zustimmen, welches ihr über die Grenzen der Demokratie, über den Kreis des gesunden Volkslebens, über den Kern des Volks hinauszugreifen scheint. Wenn auch der Despotismus, so ist die rechte Seite sich bewußt, niemals der Demokratie feindlich gewesen zu sein, und die Herzen schlagen auf dieser Seite des Hauses schwerlich minder warm für die Sache des deutschen Volks, als auf der andern. Wohl hat man sich hier den verheerenden Sturmfluthen der Massenherrschaft, niemals dem befruchtenden Strome der Volksherrschaft widersetzt. Und eben in diesem Sinne der volksmäßigen Freiheit, der Bildung des Volks zu unabhängiger politischer Mündigkeit und Gesinnung, will diese Seite die öffentliche Abstimmung bei den Wahlen, die den Principien der Linken nimmermehr entgegensteht. — Die Wahlen in Böhmen und Mähren, welche dort „unter gehöriger Rücksichtnahme auf etwa vorkommenden aufrührerischen Widerstand“ möglichst schnell vorgenommen werden sollten, scheinen ihren Erfolg zu haben. Wir hörten wenigstens heute unter der Zahl der neu eintretenden Deputirten einen unverkennbar czechischen Namen. — Der Ausspruch der ersten Berliner Kammer über die deutsche Frage ist freudig begrüßt worden, weil merklich bestimmter und prägnanter, als der Entwurf der Adresse ihn vorschlug. Auch sonst lauten die Nachrichten aus Berlin günstig.

Frankfurt. Das unlängst angekündigte patriotische Kunstblatt Adolph Schroeder's, die Illustration „der Grundrechte des deutschen Volks“ ist jetzt in Carl Zügel's Verlag erschienen und entspricht allen davon gehegten Erwartungen auf das Vollkommenste — die Composition ist, wie es von so anerkannter Meisterhand nicht anders zu erwarten stand, einfach, schön und in jenem edlen Styl gehalten, der dem Ernste des Gegenstandes durchaus angemessen; die Ausführung des Ganzen erscheint sehr gelungen, was bei dem sehr schwierigen Gold- und Farbendruck (Jeder Abdruck geht fünfmal durch die

Presse) keine kleine Aufgabe für den Lithographen sein muß, der ihn besorgt. Eine typographische Merkwürdigkeit dabei ist der eingedruckte Text der Grundrechte, der durch Ueberdruck mit der Lithographie zugleich geschieht, was in so belangreichem Umfange wohl bis jetzt noch nicht der Fall war und der in Ansehung von Reinheit und Schärfe dem Typendruck in nichts nachsteht. So wäre denn nun diese große bedeutungsvolle Magna charta deutscher Volksrechte in würdiger Form und Ausstattung vorhanden und möge sie sich nun auch als solche unter allen deutschen Stämmen einen sicheren dauernden Platz am heimischen Herde erwerben, als ein Symbol endlich erstandener deutscher Einheit und Einigkeit. Der Verleger liefert durch den so äußerst billigen Preis des großen schönen Blattes (à fl. 2. 42 fr.) den Beweis, daß es ihm dabei mehr um die Sache wie um die Speculation zu thun gewesen ist.

Wien, 11. März. Die ministeriellen Blätter aus Wien, Brünn, Prag, Linz, Olmütz, Preßburg u. s. sind voll des Jubels über die eben den Völkern Oesterreichs verliehene Verfassung und berichten über gottesdienstliche und andere Feierlichkeiten aller Orten aus Anlaß dieses Ereignisses. Aber, fragt ein Berichterstatter der „Deutschen Reform“, wie reimt alles dieses mit der Verhaftung der Abgeordneten, über die sogar die „Presse“ stutzig wird? „Wir haben es bereits gestern ausgesprochen, sagt sie, was uns vor allem Noth thut: Vertrauen und Mäßigung. Es muß das Volk einsehen, daß es der Revolution nicht bedarf, um selbst die größten Reformen durchzusetzen, dann wird die Revolution gebrochen sein und die friedliche Agitation wird an die Stelle der rohen Gewalt treten. Ob dann unsere Verfassung mehr oder weniger vollkommen ist, ob sie octroyirt oder von einer Versammlung beraten worden, wird von geringerer Wichtigkeit erscheinen; man wird sich mäßigen, weil man Vertrauen hat. Sollen also die Völker die Mäßigung bewahren, so darf nichts das Vertrauen erschüttern, und in dieser Hinsicht beklagen wir aufrichtig die Verhaftung der beiden Abgeordneten. Wir wollen die Rechtsfrage in diesem Augenblicke nicht untersuchen, wir glauben, daß weder die Civil- noch die Militärbehörde einen unbegründeten Verhaftungsbefehl erlassen haben wird; aber die Art, wie er ausgeführt wurde, erscheint uns als ein gefährlicher Mißgriff.“ — Dr. Fischhof hat gestern seine Anklageakte zugestellt erhalten, und zwar von Seiten der Militäruntersuchungscommission. Der Lloyd hebt es besonders hervor, daß es nicht das Criminalgericht ist, welches Dr. Fischhof verhaften ließ. Indessen circulirt heute in der ganzen Stadt das Gerücht, daß der Inhaftirte binnen zwei Tagen auf freien Fuß gestellt werden wird. Bereits hat sich eine große Anzahl von Deputirten vor ihrer Abreise von Kremsier zur Abfassung einer Denkschrift vereinigt, welche die Thätigkeit und die Stellung des Reichstags im Momente seiner Auflösung darstellen soll. Die näheren Details dieses Memorandums sind uns noch nicht bekannt, doch soll es, wie wir hören, unverzüglich im Druck erscheinen. Schufelska, über dessen Schicksal die widersinnigsten Gerüchte circuliren, befindet sich seit gestern Abend wohlbehalten in Wien. — Offenbar die wenigste Gunst findet die Verfassung, die aus Bach's Feder stammt, in Prag. Selbst der Lloyd scheint sich dies nicht zu ve bergen. Ihm schreibt man aus der böhmischen Hauptstadt, „Gestern Nachts 10 1/2 Uhr sind die Deputirten Schufelska, Kliebert, Hauschild, Stanek, Stribyl u. A. hier angekommen. Ueber die hiesige Stimmung läßt sich noch nichts Entschiedenens sagen. Unserem Märzhelden Peter Jaster ist in der vorgestrigen Stadtvorordneten-sitzung eine Nationalbelohnung durch unentgeltliche Uebertragung einer Schantnehmung auf der Kleinseite für Lebenszeit votirt worden.“ Eine Privatcorrespondenz der Nov. Lipp. Slov. theilt folgendes mit: Die Truppen Wems fingen einen russischen Feldjäger auf, bei dem sich eine Depesche des russischen Kaisers an den Feldmarschall Windisch-Grätz folgender Inhalts fand: „Se. Majestät Kaiser Nikolaus I. geruhte eine russisch-militärische Mission für die österreichische Armee dort, wo es der Fürst Marschall für gut erachte, zu bewilligen. Der Ulas ist zu meinen Händen gelangt und ich erwarte die ferneren diesfälligen Befehle. In russischem Lager am 6. Februar, Engelhardt.“ Der tapfere Hauptmann Jovannovits, der bei Arad in ungarische Gefangenschaft gerieth, soll nach Debreczin gebracht worden sein. — In der Bucovina ist der Kriegszustand gemildert worden, wenigstens ist die romantische und deutsche Zeitung „Bucovina“ wieder erschienen.

In Folge Beschlusses des Gemeinderathes vom 7. März l. J. hat sich Tags darauf eine zahlreiche Deputation, bestehend aus Mitgliedern des Gemeinderathes und Magistrates zu dem Kaiser nach Olmütz begeben, um demselben eine Dankadresse für die verliehene Verfassung und für die Erklärung Wiens zur Hauptstadt der gesammten monarchischen Oesterreich zu überreichen. Der Kaiser empfing die Deputirten am 9. d. M. und erwiderte derselben: „Die mir von Ihnen an den Tag gelegten Gefühle rechtfertigen das Vertrauen

auf die Treue und den guten Willen der Völker Oesterreichs, welches ich in meiner Proclamation vom 4. d. M. ausgesprochen. Möge mir der allmächtige Gott in dem Maße die Kraft verleihen, dieselben einer glücklichen Zukunft zu führen, als es meine Absicht und der heilige Zweck meines Lebens ist. Ich hoffe, die von Ihnen kundgegebenen Gesinnungen der Bewohner Wiens werden mich bald in die Möglichkeit versetzen, mich in Ihre Mitte zu begeben."

Innsbruck, 5. März. Der „Tiroler Bote“ berichtet, daß Kaiser Ferdinand beabsichtige, diesen Sommer nach Innsbruck zu kommen.

Hannover, 13. März. Unsere Ministerkrise ist zu Ende, das Ministerium Stüve bleibt auf seinem Posten! — In der heutigen Sitzung der zweiten Kammer erhob sich zunächst der Abg. Ellissen und fragte den Präsidenten, ob die Minister von dem gestrigen Kammerbeschlusse in Kenntniß gesetzt worden seien? Der Präsident entgegnete: daß er bereits gestern den Ministern des Innern, der Finanzen und der Justiz (Stüve, Lehzen und v. Düring) von dem Kammerbeschlusse Nachricht gegeben, und daß er darauf ein Billet vom Ministerialvorstande Stüve erhalten habe, worin dieser anzeige, daß er heute in der Kammer erscheinen werde. Nachdem darauf noch einige Angelegenheiten untergeordneter Natur erledigt worden waren, ward die Sitzung auf eine halbe Stunde aufgehoben. (Die Abgeordneten verließen ihre Plätze, die zahlreich besetzte Galerie harrt aus.) — Nach wieder eröffneter Sitzung werden vom General-Secretär Merkel eine ganze Menge neuer Gesetzentwürfe angeführt, z. B. Aufhebung der Jagdgerechtigkeit auf fremdem Grund und Boden gegen Entschädigung, und Ausübung der Jagd, Gesetz über kurze Verjährungsfristen, Städte-Ordnung, Aufhebung der Patrimonialgerichtsbarkeit gegen Entschädigung u. (Sensation in der Kammer, auf der Galerie.) Dann kommt ein Schreiben des Gesamtministeriums vom heutigen Tage zur Verlesung, das ziemlich lang ist und worin erklärt wird, daß das gegenwärtige Ministerium nunmehr am Ruder bleiben werde, da ein Ministerium aus der Kammermehrheit nicht habe gebildet werden können. Ueber die deutsche Frage wird eigentlich nur bereits schon Bekanntes angeführt. Die preussische jüngste Note wird lobend erwähnt und ferner gesagt, es sei ja alle Aussicht vorhanden, daß die Nationalversammlung in Frankfurt sich mit den Regierungen verständigen werde. Ueber die Grundrechte wiederholt man die alten Klagen. Der hannoversche Bevollmächtigte in Frankfurt, heißt es, sei angewiesen, seine Bedenken gegen manche Bestimmungen in den Grundrechten (es sind das namentlich die bekannten 5 Punkte, Freizügigkeit, Gewerbefreiheit, Aufhebung der Stellvertretung im Heere, sogenannte Eingriffe in die Heiligkeit des Eigenthums u.) zwischen der ersten und zweiten Lesung der Reichsverfassung vorzubringen. Man möge doch jetzt nicht mehr über Principien streiten. Nach Verlesung dieses Schreibens herrschte eine tiefe Stille im ganzen Hause. Ellissen erhebt sich. Er unterwirft das Schreiben des Gesamtministeriums einer scharfen Kritik. Er sagt, ich nenne das Verfahren des Ministeriums „unconstitutionell“, ja es ist in ihm eine offenbare „Verhöhnung“ des constitutionellen Principes enthalten. (Rauschender lauter Beifall von der Galerie.) Wollte das Ministerium constitutionell handeln, so müßte es entweder bleiben und sich dem Kammerbeschlusse in der deutschen Frage fügen, oder es müßte andern Ministern Platz machen, oder es müßte die zweite Kammer auflösen. Was jetzt geschieht, ist nicht constitutionell. Ich verlange, daß das erwähnte Schreiben in einer neuen Sitzung, die vielleicht in einer Stunde anzuberaumen ist, in Erwiderung gezogen wird. Lang II. Freudentheil u. drücken gleichfalls ihr großes Erstaunen aus. Pause in der Kammer. Der General-Secretär hat verschiedene Anlagen zu jenem Schreiben aus erster Kammer herbeigeholt, und verliest sie. Während er das thut, treten die Minister Stüve, Lehzen und v. Düring in die Kammer, und nehmen ihren Platz ein. (Ah, ah, von der Galerie.) Die Anlagen enthalten ein Schreiben des Königs Ernst August über die Ministerkrise, und die Erklärung der hannov. Regierung, welche sammt ihren „Notatis“ bereits bekannt geworden ist. Nach Verlesung der Actenstücke beantwortet Stüve in der Weise, die ihm eigen ist, die Interpellation Freudentheils: über die Rede des Königs an den Adv. Grottefeld vom 8. März d. J. Der Minister erklärt, daß er den Allerhöchsten persönlichen Ansichten des Königs nicht in den Weg treten könne, daß er übrigens die Worte desselben mißbilligen müsse. Ellissen: Hat sich das Ministerium bei der bekannten Ordensverleihung an Windischgrätz und Jellachich betheiligt? Stüve: Bis jetzt ist es in Hannover nicht Sitte gewesen, daß sich das Ministerium bei Verleihung von Orden hätte betheiligen können. Ellissen: Ich freue mich, daß ich das höre. Mich hat es tief geschmerzt, daß hannoversche Ehrenzeichen an Männer vertheilt wurden, an deren Händen das Blut eines deutschen Abgeordneten klebt. (Anhaltender Beifall auf der Galerie.) Jene Männer mögen als Soldaten dem Hause Habsburg Dienste geleistet haben, aber sie sind Feinde der deutschen Sache. Daß sie hannoversche Ehrenzeichen erhalten haben, hat die öffentliche Meinung in ganz Deutschland tief verletzt. Ich fordere die Kammer auf, mir dadurch, daß sie sich erhebt, ein Zeugniß über die Richtigkeit meiner Behauptung ausstellen zu wollen. (Fast alle Abgeordneten erheben sich.) Als darauf der Präsident zur Tagesordnung, nämlich Verathung des provisorischen Gesetzes über das mündlich-öffentliche Verfahren mit Geschwornen übergehen will, verlangen Freudentheil und Bueren: daß sich die Kammer jeder weiteren Verathung, bevor die deutsche Frage nicht erledigt sei, zu enthalten habe. Dieser Antrag wird wahrscheinlich morgen berathen, und von der zweiten Kammer angenommen werden. Dann wird das Ministerium Stüve, das vielgepriesene Ministerium Stüve, die zweite Kammer auflösen. Das ist das Ende unserer Ministerkrise. Die zweite Kammer aber wird stehen und fallen mit den Grundrechten.

Stuttgart, 13. März. Die heutige Sitzung der Kammer der Abgeordneten brachte höchst belebte und viel leicht für das Land folgenschwere Debatten hervor, denn es trat der Bruch der äußersten Linken mit dem Ministe-

rium offen zu Tage. Es war die Civilistenfrage, welche den nicht erst seit heute keimenden Zwiespalt beschleunigte und 13 Abgeordnete unter der Führung Bacher's zur Verweigerung dieser Position und zu der im Voraus angekündigten Steuerverweigerung veranlaßte. Ist diese Zahl für heute auch noch klein, so kann sie doch durch die ihr zum Rückhalt dienenden Volksvereine mehr und mehr anschwellen, und in der Kammer selbst sind nicht Wenige, welche zwar heute das Ministerium noch unterstützen zu müssen glaubten, es aber deutlich merken ließen, wie ungewiß es sei, ob dies auch morgen geschehen könne. Der König hat bekanntlich von seiner Civilliste im Betrag von 850,000 fl. für das laufende Jahr 200,000 fl. freiwillig nachgelassen und nach Umständen auch für die nächste Zeit ähnliche Nachlässe in Aussicht gestellt; die Kammer aber, welche schon vor vierthalb Monaten mit 60 gegen 18 Stimmen eine Bitte an die Regierung beschloß, um Revision des Gesetzes der Civilisten, konnte und wollte sich mit dem Gnädigsten nicht zufrieden geben, weshalb die Sache an die Commission zurückging, welche heute den Antrag stellte, die Sache für erledigt anzusehen, da es gegen die Würde der hohen Kammer wäre, auf demselben Landtag eine Bitte an die Regierung zu wiederholen. Dieser als für jetzt noch einzig möglich anzusehende Ausweg des Commissionsantrages wurde auch mit 59 gegen 13 Stimmen angenommen, nachdem eine lange Debatte vorangegangen war, woraus sich ergab, daß der Kammer die Wahl blieb zwischen zwei Uebeln, zwischen der Nichtdurchsetzung der Forderung bei der Civilisten und zwischen einem Ministerwechsel, der das Land in großes Unglück stürzen könnte. Die letztere Erwägung verschaffte dem Ministerium heute die Mehrheit, eine Mehrheit aber, die es unumwunden aussprach, daß zwischen ihr und dem Ministerium gespannte Verhältnisse einzutreten scheinen (Eisenlohr). Der durchaus mit der Regierungsmaßregel Zufriedenen war es eine sehr kleine Zahl, wie z. B. Ruhn, welcher die Verweigerung des Postens für die Civilisten für unmöglich, und die Steuerverweigerung für eine Illegalität hielt, und West von Eslingen, welcher sagte, daß eine Scheidung der Parteien, wie sie heute vor sich gehe, nur zeigen könne, wer auf dem Boden des Rechts und Gesetzes stehe oder nicht. Das Hereinziehen der Ministerfrage wurde von den alten Freunden und Mitkämpfern der jetzigen Ministerinnigst beklagt, es konnte aber doch länger kaum hinausgeschoben werden. Nur war der Vorwurf Schützler's ungerecht, das Ministerium habe sich hinter die Krone und die erste Kammer gestellt und eine Entscheidung in der Civilistenfrage auf die Seite geschoben, denn das Ministerium betrachtet sich, und Staatsrath Goppelt hat es heute wieder ausgesprochen, als Majoritätsregierung, wenn gleich es die eigliche Sache der Civilisten nicht zur Cabinetsfrage gemacht hat, um so mehr, als der materiellen Seite durch die Entscheidung des Königs vollkommen Genüge geleistet ist. Der Abg. Bacher befand darauf, daß die an die Regierung gebrachte Bitte eine Forderung sei und erklärte unumwunden, daß er bei der Schlussabstimmung für Steuerverweigerung stimmen werde. Das württembergische Volk, schließt er, ist, wie das deutsche Volk, matt und schlaff geworden. Sollten wir es aber darum auch werden? Ich gestehe, daß wenn es auf mich ankäme, ich, wenn auch todesmatt, jetzt den lauteften Schrei, der mir möglich wäre, thun würde, um das deutsche Volk zu erwecken. Die Minister waren nur durch einen ihrer Kollegen, Staatsrath Goppelt (Römer ist in Frankfurt, Duvernoy erschein nicht), aber aufs würdigste, vertreten. Goppelt erklärte, daß man zwar verschiedene Grundsätze haben könne, aber eine persönliche Mißstimmung herrsche unter Männern nicht. Bleiben wir, sprach er, nur beiderseits unserer Ueberzeugung treu, und wir werden uns gegenseitig achten! So dankbar ich und meine Kollegen für die von manchen Seiten dargelegten Beweise des Vertrauens sind, so find wir doch nicht der Zuversicht, das öffentliche Wohl könne von unserer fortgesetzten Wirksamkeit nicht getrennt werden. Wir wären nicht die Ersten, die mit dem besten Willen in einer so schweren Aufgabe zurückgeblieben wären. Wenn indessen so oft bei den Wünschen des Volkes der nöthigen Erleichterung gar nicht gedacht wird, so scheint mir die vorherrschende Stimmung zu sein, daß der Credit des Staates für das Deficit ausschließlich in Anspruch genommen werde. Ich glaube, daß von einer gewissen Seite unbewußt die Wünsche derjenigen genährt werden, welche die gesammelten Früchte des Fleißes verschleudert sehen möchten zum Vortheil unwürdiger Hände. Dies grabe ist einer der wesentlichsten Punkte, in welchem die Mitglieder der Regierung mit den Männern, deren Streben sie achten, mit denen sie lange zusammengegangen sind, nicht gleicher Ansicht sein können.

Karlsruhe, 12. März. Die „Karlsru. Ztg.“ enthält folgende Erklärung: In Nr. 51 der Mannheimer Abendzeitung vom 1. d. M. ist ein angeblicher Erlaß des Ministeriums des Innern vom 20. v. M., Nr. 2703, an sämtliche Aemter über Frober's Reise in die Schweiz mitgetheilt. Dieses angebliche Circularschreiben des Ministeriums des Innern ist Gegenstand von Angriffen in der Nationalversammlung geworden. Es kamen dort auch gleichlautende Mittheilungen von Bern zur Sprache. Der Ministerialerlaß vom 20. vorigen Monats hatte den in der Abendzeitung angegebenen Inhalt nicht, und das Ministerium des Innern erließ in der Sache überhaupt kein Circularschreiben an sämtliche Aemter, wie die Abendzeitung es darzustellen sucht. Der Ministerialerlaß vom 20. v. M. that Nichts mehr und Nichts weniger, als daß er eine Abschrift des aus Bern gekommenen Schreibens den vier Kreisregierungen zur Kenntnisaufnahme mittheilte, wie es wohl überall Pflicht der Regierungen ist, um die Aufmerksamkeit der Behörden auf etwaige Gefahren hinzuweisen, daß sie wachsam seien. Hat nun eine der vier Kreisregierungen den Inhalt des Berner Schreibens (nicht des Ministerialerlasses) in anderer Form zur Kenntniß der ihr untergebenen Aemter gebracht, so lag auch darin noch keine Verletzung von Frober's Ehre. Einer solchen Verletzung hat sich nur die Mannheimer Abendzeitung schuldig gemacht, wenn sie die Nachricht, in

deren Besitz sie obnehin nur auf unerlaubtem Wege gelangen konnte, in entstellter Weise zur Oeffentlichkeit brachte.

Freiburg, 11. März. Die Schlussverhandlung in dem Hochverrathproceß gegen Fidler, Bornstedt und Genossen, welcher hauptsächlich den Einfall der sogenannten deutschen Legion aus Frankreich und die Vorbereitung desselben umfaßt, und in welchem die Anklageschriften später, als jene gegen Struve und Blind, eingebracht sind, kann dem Vernehmen nach nicht unmittelbar an die Verhandlung gegen Struve und Genossen sich anreihen, sondern erst nach einigen Wochen folgen, da mehrere von den oben gedachten Angeklagten, Fidler und Genossen, ihre Erklärungen über die nach ihrem Verlangen in die Sitzung vorzuladenden Zeugen u. bis jetzt noch nicht abgeben haben mithin die Sache in dieser Beziehung noch nicht spruchreif ist. Insbesondere hat Fidler, um diese Erklärung geben zu können, vorerst noch Einsicht der Untersuchungsacten begehrt, welche daher nach Karlsruhe versendet werden mußten, wo er gegenwärtig noch in Haft ist. Es hätte folglich eine Verbindung dieser beiden Prozesse in einer Urtheilssitzung nur dann stattfinden können, wenn die Schlussverhandlung gegen Struve und Genossen noch länger ausgesetzt worden wäre, was aus mehrfachen Gründen nicht geschehen konnte. (Fr. Z.)

Nastatt, 13. März. Heute Morgen 7 Uhr 41 M. sind Struve und Blind mittelst des regelmäßigen Personenzuges unter starker Bedeckung nach Freiburg abgeführt worden.

Minteln, 13. März. Gestern reiste mit dem Dampfschiff der Präsident unserer vorigen Ständerversammlung, Herr von Baumbach-Kirchheim, an unserer Stadt vorüber, um sich nach Amerika einzuschiffen.

Schleswig-Holstein, 11. März. Die „Schlesw. Holst. Ztg.“ hat eine von E. Vaudiz unterzeichnete Ansprache an das Volk veröffentlicht, worin zu einer bei Schleswig abzuhaltenden Volksversammlung auf den 24. März eingeladen wird, um die Absetzung des Königs-Herzogs zu decretiren. Die gemeinliche Regierung ist sofort gegen diesen revolutionären Versuch eingeschritten; gestützt auf Art. 7 der Waffenstillstands-Convention, nach welcher ihr der Schutz der landesherrlichen Rechte obliegt, hat sie die gerichtliche Verfolgung des Verfassers der Ansprache verordnet und eine Warnung gegen die Theilnahme an einer solchen strafbaren Versammlung veröffentlicht.

Altona, 12. März. Wir erfahren so eben aus guter Quelle, daß die schleswig-holsteinischen Truppen zum größten Theile am 15. d. M. ein verschanztes Lager bei Bau beziehen werden. Die Schanzen bei Bau rühren in ihrer sehr respectablen Beschaffenheit zum Theil von den Preußen her; auch andere Bundesstruppen waren dabei angestrengt thätig. Zur stärkeren Befestigung wird nun bald mit Nachdruck geschritten werden. Ohne das baldige sichere Eintreffen von Reichstruppen im Lande könnte dasselbe jedoch an anderen Punkten nicht so sehr von Vertheidigungssträften entblößt werden, wie beabsichtigt wird. Man gibt uns die Zahl der bei Bau zusammenzugehenden Truppen auf 20,000 Mann an. Die Märsche dorthin haben schon begonnen. Die betreffende Position ist bekanntlich sehr wichtig.

Wir finden in den heute angelangten dänischen Blättern endlich die officielle Fassung der Blokadeankündigung: „Das Marineministerium bringt hiermit zur öffentlichen Kenntniß, daß vom 27. d. l. M. ab sämtliche Häfen und Einfahrten von Schleswig-Holstein blockirt sein werden, mit Ausnahme der Inseln Alsen und Arroe, so wie sonstiger Punkte, die sich unter königlicher Autorität befinden. Die Blokade wird für jeden Ort aufgehoben, sobald derselbe wieder in die Hände der gesetzmäßigen Regierungsgewalt gekommen sein wird, worüber Bekanntmachungen das Weitere besagen werden. Marineministerium zu Kopenhagen, 7. März 1849. (gez.) Jahrman.“

Nächsten Sonntag wird in Neumünster die fünfte Zusammenkunft der verbundenen schleswig-holsteinischen Vereine stattfinden; da für den 16. die Landesabgeordneten einberufen sind, so wurde jene Volksversammlung gewiß nicht ohne besondere Beziehung auf die den Volksvertretern jetzt auszusprechenden Wünsche und Hoffnungen angesetzt. — Wie wichtig der schon neulich erwähnte Depeschenwechsel zwischen Petersburg und anderen Städten ist, mögen Sie daraus entnehmen, daß Hr. v. Bageracht selbst, der hier anässige kais. russische Generalconsul, als Cabinetscourier reist. Wir fanden noch in den gestrigen Berliner Zeitungen seine Ankunft mitgetheilt. — Wir hören, daß die von H. N. Hausen projectirte Zeitung demokratischer Tendenz mit der jetzt in Altona erscheinenden „Schleswig-Holsteinischen“ verbunden werden oder letztere vielmehr in das neue Organ aufgehen soll.

Oldenburg, 11. März. Heute feierte Oldenburg das Fest der endlich errungenen Verfassung. Revue, Glockengeläute und 25 Kanonenschüsse leiteten den Tag ein; dann folgte die Vereidigung des Militärs, welches vor der Kaserne aufgestellt war. Der Eid lautet: „Ich schwöre, eingedenk des von mir geleisteten Eides, auch die Staatsverfassung treu und gewissenhaft beizubehalten, so wahr mir Gott helfe!“ Der General sprach den Eid vor und die Truppen erkannten ihn mit erhobener Hand an. Ein dreimaliges Hoch auf den „constitutionellen Landesherren“ beschloß den etwas frostigen Act. Um 10 Uhr war in der gedrängtvollen Kammeritische Gottesdienst, dem der ganze Hof beizuhohnte. Ein großer Festzug und festerliche Ueberbringung der von Jungfrauen dem Stadtdirector überreichten Verfassungsurkunde aufs Rathhaus beschloß die öffentliche Feier. Heute Abend Festball im Casino und andern Localen.

Schweiz.

Bern, 12. März. Der neue römische Gesandte, Signor de Boni, ist in Lausanne angelangt.

Italien.

Rom, 5. März. Eine eben so große Gefahr, als die Intervention, bereiten der römischen Republik die Finanzen. Das baare Geld ist gänzlich aus dem Verreir verschwunden. Silber läßt sich nur mit einem Verlust von 15, Gold mit einem solchen von 20 pCt. aufreiben. Manche

Kaufleute behalten lieber ihre Waaren, als daß sie Zahlung in Papier annehmen. In Speisehäusern u. dgl. bildet sich ein förmliches Creditssystem. Namentlich gedrückt fühlen sich die niederen Klassen, und da bei ihnen vielfältig der Verdacht obwaltet, es habe mancher Kaufmann oder Wirthe bares Geld im Kasten, so kommt es häufig zu Erceffen. Am letzten Sonnabend waren deshalb die Befürchtungen besonders groß, und starke Patrouillen der Civica durchzogen die Stadt. In einem Weinhaufe gab es wirklich Scandal, doch gelang es der Bürgergarde, die Ruhe wieder herzustellen. Aber auf welche Weise? Durch energisches Auftreten? Keineswegs. Die Bürgerwehr legte selbst die Zahl von Scudi zusammen, die man gewechselt haben wollte. Inzwischen ist doch die Aufregung so groß, daß nothwendig eine Abhilfe getroffen werden muß. Das Mittel, welches man anwenden will, bringt uns aus dem Regen in die Traufe. Die glorreiche römische Republik wird falsch es Geld schlagen. In dem Nominalwerth von einer Million Scudi sollen aus einem Gemisch von Kupfer und Silber Stücke von 1—12 Bajocchi geprägt werden, aber nur mit einem wirklichen Gehalte von 2/3 des Nominalwerthes. Auch Papier von 3 bis 5 Paul soll ausgegeben werden. Ob das „generoso“ römische Volk, das sich bisher alles so ruhig hat gefallen lassen, auch diese Maßregeln hinnehmen wird, kann zweifelhaft scheinen, denn sie betreffen den wichtigsten Punkt, die Quattrini, welche dem Römer über alles gehen. Die Regierung scheint daher auch in nicht geringer Besorgniß zu sein. Wenigstens läßt sich nur so eine Proclamation des Ministers des Innern erklären, die in allgemein gehaltenen Ausdrücken von den Opfern spricht, welche die neue Republik fordere, und zugleich auch von Strenge gegen die, welche die Geseze mißachten, namentlich auch sich selbst Recht zu schaffen suchen, wo nur der Staat Recht zu sprechen befugt sei. Die Commission, welche die Zwangsanleihe betreiben soll, ist ernannt. Einige der Besteueren sollen zum Zahlen bereit sein, andere dagegen versichern, daß sie gutwillig nichts hergeben würden, so z. B. Torlonia. — Ein langes Edict verkündet heute große Veränderungen im Gerichtswesen, durch welche namentlich die geistlichen Elemente gänzlich beseitigt werden. — Die französische Gesandtschaft hat ihre Archive versiegeln lassen und scheint im Begriff auszuwandern. — Unter andern Kriegsräthungen wird auch die Bildung einer Emigrantenlegion betrieben.

Frankreich.

*** Paris, 12. März. Das gestrige und vorgestrige Zeugenverhör am hohen Gerichtshof zu Bourges hat keine weiteren Aufschlüsse über das Attentat vom 15. Mai geliefert, obgleich schon viele Hauptzeugen vernommen worden sind. Daß keine Verabredung, Verbindung oder Verschönerung zwischen den verschiedenen Clubs zu dem Zwecke eines Attentates auf die Assemblée stattgefunden hat, daß im Gegentheil ein großer Zwiespalt hier geherrscht haben muß, geht aus allen Zeugenansagen schon klar hervor. Eine der wichtigsten Streitfragen wird allem Anscheine nach die sein, ob der Blanquistische Club die geheime Mission hatte, den übrigen Zug unwillkürlich mit sich fortzureißen, indem er sich an dessen Spitze stellte und den Eingang in den Palast der Nationalversammlung erzwang. Gewiß ist, daß dieser Club sich, als der Zug bereits eine gute Strecke zurück gelegt hatte, demselben zugesellte und seinen Plag vor den Delegirten einnahm, welche ihn führten, daß er also sich augenscheinlich die Führung desselben anmaßte. Blanqui behauptet aber, daß auf dem Concordienplatz Blousenmänner standen, bevor der Zug dort angekommen war, daß diese Blousenmänner, wahrscheinlich unter der Führung des zweideutigen Borme, den Uebergang über die Concordienbrücke, und sodann den Eingang in den Palast erzwingen, daß folglich das Attentat durch erkaufte Aufwieglar provocirt worden ist. Wenn ihm der Beweis hiefür gelingt, so ist die ganze Anklage vernichtet. Bis jetzt sieht man jedoch noch nicht klar, in wie weit diese Behauptung gegründet ist. Außer Blanqui scheint jedenfalls keiner der Angeklagten eine solche Handlung verübt zu haben, die eine Anklage auf absichtlichen Umsturz der damaligen Regierung rechtfertigen könnte. Barbes selbst ist mit Albert und den übrigen erst während der Erstürmung der Assemblée dahin getrieben worden, eine neue provisorische Regierung zu bilden, hauptsächlich aus Furcht, die Macht in Blanqui's Hände übergehen zu sehen; denn er, wie Louis Blanc und Albert, zeigten sich während der ganzen Affaire stets unentschlossen, und wurden, wie Alles glauben läßt, zum Theil sogar physisch gezwungen, den unglücklichen Entschluß zu fassen, ins Stadthaus zu gehen. Was Raspail und Courtais betrifft, so liegt nicht das Geringste gegen sie vor, was auf ein vorher bedachtes oder auch nur während des Attentates selbst erst von ihnen beabsichtigtes Verbrechen gegen die Assemblée schließen ließe. Vielmehr geht aus allen Zeugenansagen hervor, daß Beide das Volk von jedem Erceffe abzuhalten sich bemühten. Das Einzige, was man dem General Courtais mit Recht zum Vorwurf machen kann, ist seine Schwäche, die nur dadurch zu entschuldigen, daß er ein alter Mann ist, und sich, wie er sagt, keinen Gehorsam habe verschaffen können. Duche, der gestern zuletzt als Zeuge auftrat, sprach sich ganz in dieser Weise über die letztgenannten Angeklagten aus. Man kann die Aussage dieses Mannes, der Präsident der Assemblée während des Attentates war, als den Ausdruck der öffentlichen Meinung ansehen.

Der Proceß in Bourges fesselt die allgemeine Aufmerksamkeit so sehr, daß die Theilnahme an dem Ausgange des Dramas, welches neulich in der Rue d'Anjon-St.-Honoré zu spielen anfing und einige Tage lang Stadgespräch war, wieder in den Hintergrund getreten ist. Uebrigens scheint die Katastrophe nicht so tragisch werden zu wollen, als zu erwarten stand. Herr Caraby, der beleidigte Gemann, der vom Gefängniß aus eine Ehescheidungsklage gegen seine Gattin anhängig machte, ist wieder in Freiheit gesetzt worden und was die Verwundeten anbelangt, so ist nur der Zustand des Herrn Coetlogon bedenklich, in

dessen Wunde zugleich mit der Kugel ein Stück Tuch eingedrungen sein soll, was wohl leicht den Brand derselben verursachen könnte.

General Le Flo, der im Juli vorigen Jahres von General Cavaignac nach St. Petersburg geschickt wurde, ist wieder zurück. Er erzählt, daß der Czar sich voll Sympathie für die französische Republik gezeigt habe, während er die größte Verachtung gegen die spitzfindige, selbstsüchtige, und rein persönliche Politik Ludwig Philipp's hege, und daß derselbe sich wie von einer großen Last befreit fühle, da er sich nicht mehr vor den Ränken und Winkelzügen des Königs in Acht zu nehmen brauche.

Graf Arce, einer der reichsten Edelleute von Mailand, der von Karl Albert mit einer besondern Mission hierher geschickt worden war, hat Paris unverrichteter Dinge wieder verlassen und seine Rückreise nach Turin angetreten. Wie der stets sehr wohl unterrichtete Correspondent der Karls Stg. schreibt, nimmt Graf Arce sowohl von Ludwig Napoleon als von dem Minister des Auswärtigen die unumwundene Warnung mit, Karl Albert möge sich hüten, den Krieg gegen Oesterreich zu erneuern, weil sonst Frankreich, weit entfernt, sich seiner anzunehmen, es dem Marschall Radetzky freilassen würde, die sardinischen Staaten bis zum Ersatz der von Oesterreich verlangten Kriegskosten militärisch zu besetzen. General Pelet, welchen Ludwig Napoleon kürzlich nach Piemont geschickt hatte, um die Heeresmacht Karl Alberts emporzuheben, hat der hiesigen Regierung offen erklärt, daß die Wiederaufnahme des Krieges unausbleiblich die Folge haben würde, den Marschall Radetzky binnen 48 Stunden in Turin einrücken zu lassen; so schlecht soll es mit der sardinischen Armee stehen, die sich vergeblich durch die Einreihung polnischer Offiziere moralisch zu verstärken sucht. Erst vor wenig Tagen sind wieder zweiundvierzig Polen von hier nach Turin abgegangen, wo sie mit Offiziersrang in sardinische Militärdienste treten.

Russland.

Petersburg, 23. Februar. Unter diesem Datum bringt die turiner „Concordia“ einen Bericht über eine russisch-österreichische Allianz. Danach würde der Kaiser Franz Joseph die Großfürstin Anna heirathen, und der Bund stützt sich auf folgende Punkte: 1) Offensiv- und Defensivbündniß, 2) Ausnahme der Türkei in den Bund, 3) Aufrechterhaltung der Verträge von 1815, 4) Garantie der russischen Ansprüche auf Schleswig-Holstein und der österreichischen auf Toscana. Der „Concordia“ zufolge hat nur die Weigerung der Türkei und der Stand des Krieges in Ungarn bisher eine bewaffnete Intervention der beiden Staaten in Italien gehindert. — Der „Pester Courier“ sagt: Einer durch außerordentliche Gelegenheit aus Petersburg gebrachten Nachricht zufolge hat der russische Kaiser bei einer über 40,000 Mann Gardes abgehaltenen Revue seinen Truppen öffentlich verkündet: daß die Umstände des österreichischen Kaiserthums erfordern, seinem Freunde, dem Kaiser von Oesterreich, einen Theil seiner militärischen Macht zur Disposition zu stellen, welche Benachrichtigung die 40,000 Mann Gardes mit einem donnernden: „Es lebe der Kaiser von Oesterreich!“ begrüßt haben.

Nachricht.

Der „Allg. Stg.“ wird aus Frankfurt geschrieben: Die Gerüchte über eine nach Berlin gelangte russische Note gewinnen an Bestand. Im Fall der Wiederaufnahme des dänischen Krieges droht Rußland mit einer Expedition von 25,000 Mann auf Alsen und mit sechs Millionen Silberrubel Subsidien. Dergleichen, sagt man, drohe es die preussische Ostseeflüste mit einem Geschwader, das sich eben zum Auslaufen rüste, zu blockiren, und ein Heer von 200,000 Mann die polnische Grenze überschreiten zu lassen, wenn Preußen, den Verträgen von 1815 zum Troge, sich die deutsche Kaiserkrone aufsetzen sollte. Man vermuthet, daß Oesterreich, auf letztere Drohung fußend und überzeugt, daß Preußen sich werde schrecken lassen, den alten Staatenbund fest im Auge halte, und demnach die Verfassung vom 7. octroyirte, welche ganz antidemokratisch ist, daher den Bundesstaat mit Deutschland unmöglich macht.

Wien, 10. März. Hier finden bedeutende Truppenumzüge aus Böhmen und Mähren nach Italien statt. Es sind lauter junge krasse Männer, vom besten Geiste für Kaiser und Vaterland beseelt. Kampfesmuthig können sie kaum den morgenden Tag abwarten, wo sie sodann ihrem Bestimmungsort auf der Eisenbahn näher gebracht werden. Soeben erhielten die vier hier liegenden croatischen Bataillone den Befehl, morgen wieder nach Ungarn aufzubrechen. Dieses Factum gibt wie gewöhnlich wieder zu den verschiedenartigsten Gerüchten Veranlassung. Auch die hier erwarteten zwei Bataillone Seressaner sind nicht eingetroffen, sondern vielmehr die bereits hier anwesenden 700 Mann Seressaner sind wieder abmarschirt. Zahlreiche Verhaftungen finden neuerdings und zwar auf offener Gasse statt, nämlich solcher Individuen, welche spöttische Bemerkungen über die nun verlebene Reichsverfassung sich erlauben. So eben durchläuft das Gerücht, daß Dienstag den 13. März vier Mitglieder des aufgelösten Reichstags hingerichtet werden sollen, die Stadt, was wohl nicht außer dem Bereich der Möglichkeit liegt, aber doch nicht wahrscheinlich ist.

Wien, 11. März. Die Feier des heutigen Tages, als Dankesfeier für die vom Kaiser verliehene Verfassung, ging ohne die mindeste Störung vorüber. Der Natur des Belagerungszustandes gemäß war die Feier von hervorragender militärischer Weise. Heute Abend wird die Stadt wieder beleuchtet.

Aus Pest vom 8. geht die Nachricht ein, daß bei allen Avarial- und öffentlichen Rassen in Ungarn die Annahme der ungarischen 100 und 5 Guldennoten verboten ist.

Berlin, 13. März. Der Abg. v. Sauten, Mitglied der ersten Kammer, reist heute Abend nach Frankfurt ab, heute folgt ihm morgen. Von Frankfurt her erwartet man eine Deputation, zusammengesetzt aus Vertretern verschiedener süddeutscher Staaten im Parlament. Herr v. Sauten

war noch heute Mittag in Charlottenburg zum Könige eingeladen. Es könnte sich übrigens leicht ereignen, daß noch mehrere unserer Abgeordneten, die zugleich Mitglieder der deutschen Nationalversammlung sind, die Aufforderung erhielten, nach Frankfurt zurückzukehren.

Sämmtliche Ostseehafenplätze hat die Regierung von nachsehender Circularnote des Grafen Moltke, dänischen Ministerpräsidenten, in Kenntniß gesetzt: „Ich habe die Ehre, Ihnen anzuzeigen, daß vom 27. d. M. an alle in den Herzogthümern Schleswig und Holstein gelegenen Häfen und Mündungen, mit Ausnahme der Inseln Als und Arroe, sowie jedes andern unter der unmittelbaren Herrschaft des Königs, meines erlauchten Herrn, gelegenen Gebietstheils, blockirt werden. Insofern die Blockirung keinen andern Zweck hat, als die Wiederherstellung der rechtmäßigen Gewalt, da, wo dieselbe bedroht ist, zu erleichtern, versteht es sich von selbst, daß dieselbe sofort aufgehoben wird, wenn die gesegensreiche Auctorität in ihre Rechte wieder eintritt. Indem ich Sie ersuche, diese Verfügung zur Kenntniß Ihrer Regierung bringen zu wollen, behalte ich mir vor, Ihnen sobald als möglich einige Exemplare des die Blockirung betreffenden officiellen Erlasses zuzufertigen. Genehmigen Sie u. s. w. u. s. w. Kopenhagen, 7. März 1849. (gez.) A. W. Moltke.“

Auf Requisition der Centralgewalt wird Preußen sofort 12,000 Mann nach Holstein senden.

Die Adress-Commission der zweiten Kammer ist heute Abend mit dem Adress-Entwurf fertig geworden. (D. Ref.)

Berlin, 14. März. Wie verlautet, sind eingelaufenen Depeschen zufolge die Friedensunterhandlungen in London auf dem Punkt angelangt, daß dänischerseits ein Ultimatum gestellt wurde. (D. Ref.)

Im Adress-Entwurf der zweiten Kammer lautet der auf die deutsche Frage bezügliche Passus: Erfüllt von dem lebhaften Wunsche einer innigeren Verereinigung der deutschen Staaten, sind wir dem Beireben Eurer königlichen Majestät Regierung, das große Ziel ihrer Verbindung zu einem Bundesstaate zu erreichen, mit freudiger Anerkennung gefolgt. Preußen wird die hierzu nöthigen Opfer nicht zu scheuen haben, weil seine Stärke stets eine wesentliche Bedingung der Stärke Deutschlands sein wird. Wir hoffen, daß der Weg der Verständigung aller deutschen Regierungen mit der deutschen Nationalversammlung zu einem erwünschten Ziele führen werde. Sollten einzelne Mitglieder des deutschen Bundes durch die eigenthümliche Zusammenfügung ihres Gebietes, oder aus andern Gründen sich dem Bundesstaate überhaupt oder für jetzt nicht anschließen, so wird es, wie wir zuversichtlich erwarten, Ew. k. Maj. Regierung dennoch gelingen, unbeschadet fortwährender Bundesgemeinschaft aller deutschen Staaten, die Bildung des engern Bundesstaates innerhalb derselben zu erreichen. Wir wünschen aufrichtig, daß die Aufkündigung des Waffenstillstandes seitens der Krone Dänemarks keine Störung des Friedens herbeiführe, dessen Erhaltung die freundschaftlichen Verhältnisse Eurer königl. Majestät Regierung zu den übrigen auswärtigen Staaten verheißt. Sollte jener Wunsch aber wider Verhoffen nicht in Erfüllung gehen, so werden wir, wo es die Ehre Deutschlands und Preußens gilt, Eure königl. Majestät Regierung in deren Wahrung auf das Kräftigste zu unterstützen bereit sein.

München, 13. März. Se. Maj. der König hat unterm 8. März l. J. den Director der Regierung von Schwaben und Neuburg, Kammer des Innern, Joh. Georg Fr. v. Forster, zum Staatsrath im ordentlichen Dienst, dann zum Staatsminister des Innern ernannt. Herr Graf v. Thun-Hohenheim ist als neu ernannter k. k. österreichischer außerordentlicher Gesandter und bevollmächtigter Minister am k. bayerischen Hof bereits hier eingetroffen. Der vormalige Minister Heintz soll zum zweiten Präsidenten des hiesigen Obergerichts und Vorstand der Geseßgebungscommission, und Graf v. Lerchenfeld-Röfering, vormalig bayerischer Gesandter in Berlin, zum Minister des Aeußern und des k. Hauses bestimmt sein, während man noch immer vom Ministerialrath Ringelmann als Cultusminister spricht. (Allg. Zeit.)

Neapel, 1. März. Nicht allein die Hofblätter, sondern auch die wenigen gutunterrichteten unparteiischen Zeitungen der Hauptstadt bestätigen es daß ein Congress zu Neapel in Bezug auf die Angelegenheiten Italiens gehalten werden wird.

Börsenberichte.

Frankfurt, 15. März. Fonds wichen im Allgemeinen heute nur wenig von ihrem gestrigen Standpunkt ab, hingegen stellten sich von Eisenbahnen R.-B.-Nordbahn und Köln-Minden, wie zu Berlin, abermals, namentlich legt benannte Bahn, merklich niedriger im Cours als gestern. SpEt. Metall. bleiben 74 1/2 pEt., 2 1/2 pEt. do 39 1/2 pEt., Wienerbankactien 1185 fl., 500 fl. Loose 124 1/4 pEt., 250 fl. Loose 79 pEt., Rurb. 40 Rthlr. Loose 27 1/2, Rthlr., Bad. 35 fl. Loose 27 1/2 fl., do 50 fl. Loose 48 fl., Darmstädter 21 fl. Loose 22 fl., do. 50 fl. Loose 69 3/4 fl., Sardinische Loose 29 1/4 fl., Poln. 500 fl. Loose 74 1/2 Rthlr. Süddeutsche und belgische Obligationen gut preisstehend. Holländische 2 1/2 pEt. Integr. beliebter 49 3/4 pEt. G. Von Eisenbahnen Friedrich-Wilh.-Nordbahn 3/8 Rthlr. niedriger, 34 3/8 Rthlr., Verbach 71 1/4 pEt., Köln-Minden 74 1/2 Rthlr., Taunus fest 290 fl., 3pEt. inf. Span. schließen 22 1/2 pEt. G. Von Wechseln Amsterdam 100 3/8 G., Paris 95 3/8 G., London 120 3/8, gethan, in allen übrigen Devisen bei stillem Handel keine Coursveränderung zu bemerken. Nach Ausgabe der Madrider vom 8. d. M. bleiben 3pEt. inf. Span. Abends in der Effectenbörse 22 3/4 pEt. G.

Berlin, 14. März. Staatsanleihe 78 3/8 bez., Serhandlungs-Prämienanleihe 99 G., Bankanleihe 85 3/4, 1 1/2 bez., Köln-Minden 73 1/2, 74 bez., Friedrich-Wilhelms-Nordb. 35 1/2 bis 2 1/2 bez., Rheinische 48 1/2 Br., Thüringische 48 1/4 G., Russische 4pEt. bei Stieglitz 36 Br., Poln. 500 fl. Loose 73 1/2 bez., do. 300 fl. Loose 93 etw. Br., Neue Bad. Anl. a 35 fl. 15 1/2 Br.

Die Stimmung für Fonds und Eisenbahnactien blieb auch heute im Allgemeinen lau, und einige wurden abermals etwas billiger verkauft, schlossen aber ziemlich fest, zum Theil sogar wieder etwas höher.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. P. Malten.

